

ÄA1.1 neu

Wahlprogramm Landtagswahl 2014

Änderungsantrag zum Wahlprogrammmentwurf

22 mehr Lebensqualität ..Gesundheitswesen

Detlef Kühn

Gewünschte Textaufnahme:

- Bei 770

Problemumfassend streben wir die Berufung/Einrichtung einer Patienten- **und Pflegebeauftragten-****stelle** für das Land Brandenburg an. Vorrangiges Ziel sollte es sein, den Patienten/-innen, und **Pflegebedürftigen**, Patienteninitiativen/Selbsthilfegruppen und Organisationen als Ansprechpartner /-in zu dienen, für alle Belange die sich aus den Wechselwirkungen Arzt/Patient/Gesundheitssystem/ **Pflegeeinrichtung/Pflegekassen** heraus ergeben, um dieses Anliegen aufzugreifen und daraus Anregungen auf Landesebene für eine Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung im Land gemeinsam zu formulieren.

Begründung:

- Eigene Erfahrung im Gesundheitssystem als Chronisch Betroffener, über die letzten gut 20 Jahre
- Wir sprechen mit den Patienten, nicht über sie, demokratische Einbeziehung.
- Die Schaffung einer solchen Stelle auf Landesebene, böte die Möglichkeit über eine Patientenlaufstelle eine breite Palette von Problemen der Interessensgruppen zu bündeln. (Patienten, Selbsthilfegruppen, Gruppierungen, Organisationen, Vereine, Ärzteschaft, niedergelassene Ärzte und Ärzte in den KH, Patientenfürsprecher in den KH u.a.)
- Sehe ich auch als Beitrag zur Stärkung demokratischer Grundrechte (Finanzsumme dahinter, direkte Einbeziehung der Beitragszahler.)
- Unabhängig ! . im Vergleich z.B. zur UPD (z.B. Kassenfinanziert)
- ... Folgt der Logik der pol. Forderungen der Linken auf Bundesebene zu diesem Thema: Ich erinnere an den Antrag der Bundestagsfraktion von 2011, Drucksache 17/6489, wo es u.a. auch um eine stärkere demokratische Mitbestimmung der Patienten ging.
- Seit 2004 gibt es auf Bundesebene die Funktion eines Bundespatientenbeauftragten. (Bis heute 3, der Bundesregierung zugeordnet, was korrigiert werden müsste, Richtung Angliederung an das Parlament!)
- Geregelt/Definiert/Nachlesbar sind die Aufgaben im SGB V, § 140h, Absatz 2
- Erfolgreich agiert in Berlin eine solche Stelle, damals von der Senatorin Heide - Knaake – Werner berufen worden (2 Mitarbeiter), auch nach der Abwahl von Rot-Rot weiter aktiv.
- Eine solche Funktion kann auch als ein wesentlicher Beitrag für eine Transparenzplattform im Gesundheitswesen schaffen.